

VIETNAM-FLÜCHTLINGE

Erlösende Tat

Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht holt – eine „sehr persönliche Entscheidung“ – vietnamesische Flüchtlinge ins Land.

Die Malaise in Malaysia wurde nur am Rande erwähnt, als die Experten der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen, zuständig für Aussiedler und Zuwanderer in der Bundesrepublik, Anfang vorletzter Woche in Bonn zusammensaßen. Über die Frage, ob man denn nun auch für die Vietnamesen, die ihr Land in Strömen verlassen, etwas tun könnte oder sollte, kamen sie nicht hinaus.

Auch die Niedersachsen, die mit am Tisch saßen, blieben reserviert: Mit 850 Insassen in ihrem Durchgangslager Friedland, zumeist Aussiedler aus Polen, und 3992 politischen Flüchtlingen, sogenannten Asylbewerbern, im Land sei man, so ließen die Herren aus Hannover wissen, hinreichend belastet.

Doch 48 Stunden später, am Tag nach Bußtag, entschied Ernst Albrecht, Niedersachsens Ministerpräsident, anders. Per Telephonat aus seinem Dorf Beinhorn bei Hannover ließ er den Staatssekretär Dieter Haabengier vom niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten, der gerade in Bonn zu tun hatte, wissen: „Niedersachsen ist bereit, tausend südvietnamesische Flüchtlinge aufzunehmen.“

Die „sehr persönliche Entscheidung“ (Albrecht) war im Familienhalbkreis

* Vor dem Start nach Malaysia, am Donnerstag letzter Woche.

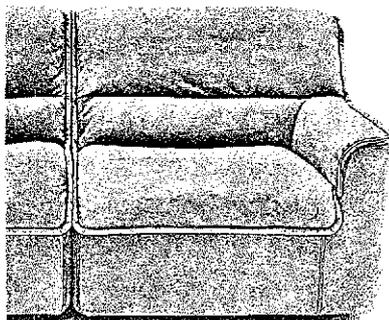
vor dem Fernseher zustande gekommen und von derselben politischen Philosophie gekennzeichnet, mit der die Albrecht-Familie schon verschiedentlich gute Taten getan hat, beispielsweise durch Plattengesang („Wohlauf in Gottes schöne Welt“) für eine Stiftung „Familie in Not“.

„Das kann man ja nicht ertragen“, kommentierte Albrecht die TV-Bilder vom Flüchtlingsfrachter „Hai Hong“ und beriet mit Frau und Kindern, was da zu machen wäre. „Wo blieb und wo bleibt die erlösende Tat?“ schilderte der Regierungschef später die Stimmung. Und die Familie fand, Ernst Albrecht, wer sonst, müsse „ein Signal setzen“.

„Alle Welt“, ließ er tags darauf wissen, „hat das Elend gesehen, niemand hat gehandelt.“ Und kritischen Vorbehalten aus Nordrhein-Westfalen („Kraftakt“) und Hamburg („Profilierung“) hielt die hannoversche Staatskanzlei entgegen, Albrechts Anliegen sei ausschließlich humanitärer Natur und „politisch schon deshalb nicht, weil wir ja keine Wahlen vor der Tür haben“. Die Alternative zu Albrechts einseitigem Entschluß, so Albrecht-Sprecher Hilmar von Poser, hätte nur lauten können, daß „die auf dem Schiff verrecken“.

Was es mit den vermuteten 2500 Leuten auf der „Hai Hong“ genau auf sich hatte, wußte in Hannover freilich weder Albrecht noch sonst jemand genau. „Das liegt“, gab Poser zu, „zum Teil alles im dunkeln“, und Einzelheiten konnten vorerst nur der Tagespresse entnommen werden: daß die Flüchtlinge überwiegend wohl der chinesischen Minderheit in Vietnam angehör-

„Gutes Design und Gemütlichkeit sind zwei Gegensätze, die sich anziehen.“ COR



Wo Sie »Hacienda« sehen können, erfahren Sie von COR, 4840 Rheda. Den COR-Katalog 4499 bekommen Sie kostenlos dazu.

COR
Sitzkomfort



Flüchtlingsbeauftragter Hasselmann*: Hilfe für entzückende Leute



Flüchtlingshelfer Albrecht, CDU-Chef Kohl: Entscheidung im Familienkreis

ren und daß sie die Fluchthilfe teuer hatten bezahlen müssen (siehe Seite 167).

Wie unübersichtlich das Geschehen auf der anderen Seite des Globus auch sein mochte, eines war für Albrecht klar. „Tausende von Menschen“, so informierte er vergangene Woche den niedersächsischen Landtag, „haben Heimat und Besitz aufgegeben, um das nackte Leben zu retten und dem Druck einer harten Diktatur zu entkommen.“ Staatssekretär Haaßengier grenzte das Problem enger ein: „Was immer die Flüchtlinge daheim gewesen sind, zur Zeit sind es ganz arme Schweine.“

Um vor Ort feststellen zu lassen, wie arm und wie alt, wie krank und wie viele sie wirklich sind, gab Albrecht seinem Bundesratsminister Wilfried Haselmann Marschbefehl nach Malaysia.

Der niedersächsische CDU-Chef, für den es sich erst „seit dem Antritt der Regierung Albrecht wieder lohnt, sich als Niedersachsen zu fühlen“, sollte nach Auskunft seines Staatssekretärs Haaßengier den malaysischen Behörden, die keine Vietnam-Flüchtlinge mehr ins Land lassen wollen, „mit einer gewissen Autorität“ gegenüberreten.

Nachdem Albrecht sein Signal der Menschlichkeit gesetzt hatte und niemand am Ernst der Sache zweifeln konnte, klappten andere Bundesländer mit lauten Beteuerungen nach, den Vietnamesen selbstverständlich gleichfalls helfen zu wollen, und auch die Sozialdemokraten, denen der lächelnde Hannoveraner mal wieder die Schau gestohlen hatte, ließen sich nicht lumpen.

In Hannover pochten die SPD-Landtagsabgeordneten, als Albrecht in einer

Regierungserklärung sein Hilfswerk erläuterte, hochachtungsvoll auf ihre Pulte und sagten „uneingeschränkte Unterstützung“ zu. In Bonn beeilte sich der SPD-Parlamentarier Hermann Schmitt-Vockenhausen zu versichern, die „Hai Hong“-Affäre sei zu einem „Symbol für das Flüchtlingsproblem unserer Zeit geworden“, und da gelte nun: „Deutschland muß die Türen öffnen.“

Wenn „unsere vietnamesischen Neubürger“ (Albrecht) erst einmal alle durch die Tür herein sind, wird es allerdings ein bißchen eng schon werden: Im Lager Friedland, wo derzeit nur noch 450 Plätze verfügbar sind, wird man „um der Menschlichkeit willen“, wie der Ministerpräsident bereits zugab, „die Bedingungen... einschränken müssen“, aber ein interministerieller Arbeitsstab hat bereits Pläne zu entwerfen begonnen, wie die Fremden, die in die Kälte kommen, in zwei, drei Monaten Friedland zu Niedersachsen gemacht werden können, etwa durch einen Deutsch-Kurs mit 1800 Worten, beginnend mit „Guten Morgen“ und „Wie geht es Ihnen“.

106 Vietnamesen, die vor dem Krieg geflohen waren, leben seit ein paar Jahren schon in Niedersachsen, mehr als tausend in den anderen Bundesländern, und es sind „so entzückende Leute“, wie man etwa bei der Sozialbehörde in Hamburg-Rahlstedt weiß, wo ein paar Wohnblocks mit Flüchtlingen aus aller Welt besiedelt sind. Und sie scheinen hierzulande nur mit einer Schwierigkeit nicht fertig zu werden: Sie sind zu klein, um von einem deutschen Kleiderhaken ihren Mantel herunterzukriegen.

Da jedoch, wie die niedersächsische Staatskanzlei versichert, „Hilfsangebote in Hülle und Fülle“ vorliegen, sollte es den Einwanderern zunächst an nichts mangeln, hat doch ein Hemdenfabrikant bereits hundert Hemden gestiftet und eine evangelische Kirchengemeinde zugesagt, auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen bei jedem Vietnam-Flug, der eintrifft, mit Nikolaustüten zur Stelle zu sein.

So weichherzig wie jetzt plötzlich sind Land und Leute freilich nicht alle Tage. Heidi Alm-Merk aus Hannover, die im deutschen Vorstand von „Amnesty International“ für politische Flüchtlinge zuständig ist, hatte jedenfalls keinen Erfolg, als sie Anfang November im niedersächsischen Innenministerium um die Aufnahme einiger Flüchtlinge aus Argentinien einkam. Die Quote, wurde ihr da gesagt, sei bereits „restlos ausgeschöpft“.

Und immer wenn sie versucht, auch nur für einen von Amnesty betreuten Flüchtling Platz in einem der beiden hannoverschen Asylheime zu finden, „dann läuft man sich die Hacken ab, nur um da noch ein Bett zu kriegen, und jetzt sind da auf einmal hundert Plätze frei“ — für Vietnamesen, die in Friedland nicht untergebracht werden können.

Staatssekretär Dieter Haaßengier erklärt, warum das so ist, ganz einfach: „Die einen kommen, die anderen holen wir. Das ist der Unterschied.“

BUNDESPRESSEAMT

Härte zeigen

Gegen heftigen Widerstand versucht Staatssekretär Bölling Subventionen für überflüssige PR-Traktate zu streichen.

Die Blättchen heißen „Orientpost“, „Scala“ oder „German Tribune“. Sie erscheinen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und, wäre nicht das Bundespresseamt mit seinem 171-Millionen-Etat, würde sie wohl auch niemand vermissen.

Doch seit Adenauers Zeiten gelten die Zeitschriften mit den Mini-Auflagen, von geschäftstüchtigen Herausgebern für das Bundespresseamt produziert, als wichtige Stütze Bonner Auslands-PR: Die offiziell unabhängigen Gazetten sollen das Ansehen der Bundesrepublik in der Fremde mehren. Der Aufwand ist erheblich, der Ertrag oft kümmerlich.

Wie schwer es trotzdem ist, Steuer-gelder für überflüssige Informationsarbeit zu kürzen oder zu streichen, merkte Pressestaatssekretär Klaus Bölling, als er dem mit 250 000 Mark subventionierten Bonner Herausgeber Rolf Vogel 50 000 Mark abdrehen wollte.

Mit diesem Betrag unterstützt die Regierung bislang die englischsprachi-